

Robert Reich, ein US-Professor für Politikwissenschaft, ordnet den bei der Anhebung der Verschuldungsgrenze der USA geschlossenen Deal als strategischen Sieg der radikalen Rechten ein.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 124/11 – 05.08.11**

Das Lösegeld ist bezahlt

Von Robert Reich

INFORMATION CLEARING HOUSE, 01.08.11

(<http://www.informationclearinghouse.info/article28717.htm>)

Jeder, der den Deal zwischen dem Präsidenten und den Führungen der Demokratischen und der Republikanischen Partei als einen Sieg des US-amerikanischen Volkes über Parteiinteressen verkaufen möchte, versteht weder etwas von Volkswirtschaft noch von Politik.

Der Deal sieht nicht vor, dass die Steuern für die reichsten und vermögendsten US-Amerikaner erhöht werden, die jetzt einen noch größeren Anteil des Volkseinkommens und des Reichtums der USA einsacken dürfen, obwohl sie schon die niedrigsten Steuern seit 80 Jahren zahlen. Stattdessen zerstört der Deal wichtige Teile des sozialen Netzes der USA und macht öffentliche Investitionen nahezu unmöglich.

Der Deal engt auch die Möglichkeiten der Regierung ein, etwas gegen die Arbeitslosigkeit und für das Wirtschaftswachstum zu tun. Weil die darin vorgesehene Kürzung der Ausgaben der Washingtoner Regierung noch zu den von den Bundesstaaten und den Kommunen bereits vorgenommenen Ausgabenkürzungen hinzukommen, werden die auf die tiefe Rezession zurückzuführenden Probleme nur noch verschärft. Der Deal stärkt auch den politischen Einfluss der radikalen Rechten.

Ja, der Deal ist der Wirtschaftskatastrophe vorzuziehen, die drohte, wenn die US-Regierung zahlungsunfähig geworden wäre. Es ist aber ein Skandal und eine Schande, dass man sich gerade für diesen Kompromiss entschieden hat.

Vor wenig mehr als einem Jahr (rechtzeitig vor den Kongresswahlen im November 2010) hätte der Präsident mit dem Angebot, die Steuersenkungen der Bush-Regierung auch über das Jahr 2010 hinaus bestehen zu lassen, die Republikaner dafür gewinnen können, einer Erhöhung der Verschuldungsgrenze zuzustimmen, ohne auf einer Senkung des Haushaltsdefizits zu bestehen. Das hat er aber nicht getan.

Noch vor Monaten, als die Republikaner erstmals Ausgabenkürzungen und den Verzicht auf Steuererhöhungen als Bedingungen für ihre Zustimmung zur Anhebung der Verschuldungsgrenze ins Gespräch brachten, hätte sie der Präsident bloßstellen können. Er hätte die US-Bevölkerung darüber aufklären können, dass seine Forderung nach einer Anhebung der Verschuldungsgrenze nichts mit einer Senkung des Haushaltsdefizits zu tun hat, die von der ideologisch fixierten Republikanischen Partei nur gefordert wurde, weil sie den finanziellen Spielraum der Regierung einschränken wollte – zu Lasten der Ausgaben für die Gesundheitsfürsorge, die Sozialversicherung, das Bildungswesens, die Infrastruktur und für sonstige Ausgaben, von denen immer mehr US- Amerikaner abhängen. Aber er tat auch das nicht.

Damit hätte der Präsident den US-Amerikanern klarmachen können, dass die größten wirtschaftlichen Herausforderungen für die USA darin bestehen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, höhere Einkommen zu ermöglichen und das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln, und dass durch Kürzung der Regierungsausgaben in den kommenden Jahren die Wirtschaft nur noch weiter geschwächt wird; dann hätten die US-Amerikaner auch verstanden, dass die Forderungen der Republikaner uns allen schaden. Aber Obama hat auch das nicht getan.

Die radikale Rechte hat jetzt einen großen taktischen und strategischen Sieg errungen. Die Demokraten und das Weiße Haus haben bewiesen, dass sie wenig von Taktik oder Strategie verstehen.

Weil sie einer Kürzung der Ausgaben für die Gesundheitsfürsorge und die Sozialversicherung zugestimmt haben, ist es für die Demokraten und der heraufziehenden (Präsidenten-)Wahl im Jahr 2012 viel schwieriger geworden, die Republikaner dafür verantwortlich zu machen.

Weil auch die Demokraten die Reduzierung des Haushaltsdefizits als Ziel anerkannt haben – das sie nur anders als die Republikaner erreichen wollen – stimmen die Demokratische Partei und das Weiße Haus jetzt anscheinend mit der Republikanischen Partei darin überein, dass das Haushaltsdefizit das größte Hindernis für das künftige Wohlergehen der USA ist.

Das Haushaltsdefizit ist aber nicht das größte Hindernis auf dem Weg zu künftigem Wohlstand. Die größten Hindernisse sind fehlende Jobs und das ausbleibende Wachstum. Und die größte Bedrohung für unsere Demokratie ist die Stärkung der radikalen Rechten, die den größten Teil des Lösegeldes erhalten hat, das sie erpressen wollte.

Robert Reich ist ordentlicher Professor für Politikwissenschaft an der University of California in Berkley. Er hat drei US-Regierungen angehört, zuletzt der Clinton-Regierung als Arbeitsminister. (s. <http://robertreich.org>)

(Wir haben versucht, den Artikel über den erpresserischen Deal der Republikaner mit Obama und seinen Demokraten in gut lesbares Deutsch zu übersetzen, ohne uns sklavisch an den englischen Text zu halten. Seine inhaltlichen Aussagen blieben unverändert. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Ransom Paid

By Robert Reich

August 1, 2011 - Anyone who characterizes the deal between the President, Democratic, and Republican leaders as a victory for the American people over partisanship understands neither economics nor politics.

The deal does not raise taxes on America's wealthy and most fortunate — who are now taking home a larger share of total income and wealth, and whose tax rates are already

lower than they have been, in eighty years. Yet it puts the nation's most important safety nets and public investments on the chopping block.

It also hobbles the capacity of the government to respond to the jobs and growth crisis. Added to the cuts already underway by state and local governments, the deal's spending cuts increase the odds of a double-dip recession. And the deal strengthens the political hand of the radical right.

Yes, the deal is preferable to the unfolding economic catastrophe of a default on the debt of the U.S. government. The outrage and the shame is it has come to this choice.

More than a year ago, the President could have conditioned his agreement to extend the Bush tax cuts beyond 2010 on Republicans' agreement not to link a vote on the debt ceiling to the budget deficit. But he did not.

Many months ago, when Republicans first demanded spending cuts and no tax increases as a condition for raising the debt ceiling, the President could have blown their cover. He could have shown the American people why this demand had nothing to do with deficit reduction but everything to do with the GOP's ideological fixation on shrinking the size of the government — thereby imperiling Medicare, Social Security, education, infrastructure, and everything else Americans depend on. But he did not.

And through it all the President could have explained to Americans that the biggest economic challenge we face is restoring jobs and wages and economic growth, that spending cuts in the next few years will slow the economy even further, and therefore that the Republicans' demands threaten us all. Again, he did not.

The radical right has now won a huge tactical and strategic victory. Democrats and the White House have proven they have little by way of tactics or strategy.

By putting Medicare and Social Security on the block, they have made it more difficult for Democrats in the upcoming 2012 election cycle to blame Republicans for doing so.

By embracing deficit reduction as their apparent goal – claiming only that they'd seek to do it differently than the GOP – Democrats and the White House now seemingly agree with the GOP that the budget deficit is the biggest obstacle to the nation's future prosperity.

The budget deficit is not the biggest obstacle to our prosperity. Lack of jobs and growth is. And the largest threat to our democracy is the emergence of a radical right capable of getting most of the ransom it demands.

Robert Reich is Chancellor's Professor of Public Policy at the University of California at Berkeley. He has served in three national administrations, most recently as secretary of labor under President Bill Clinton. <http://robertreich.org> :

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern